

Stellungnahme der Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* zum Doppelhaushalt 2016/2017 der Stadt Schwäbisch Hall

(Einstieg/Abstimmungsverhalten)

Gleich zu Beginn möchten wir unsere Haltung zum Doppelhaushalt 2015/2016 benennen und mitteilen, dass wir den DHH 2016/2017 geschlossen ablehnen werden. Für uns ist dies eine schwere Entscheidung gewesen, weil wir selbstverständlich eine Reihe begrüßenswerter Maßnahmen finden. Aber für uns überwiegen kritische Punkte auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch, dass bereits die Vorjahre in diesen DHH hineinstrahlen und er einschneidende Wirkungen auf die Folgejahre über den HH hinaus haben wird.

Auch haben wir immer wieder Probleme mit der Herangehensweise und den Prozessen, die mit einigen Entscheidungen verbunden sind.

Dieser HH hat viel Einnehmendes, gar Blendendes, denn alle wichtigen Bereiche und alle aktuellen und brennenden Fragen unserer Stadt werden bedient, nichts wird vernachlässigt. Deshalb ist es oft keine Frage, **dass** etwas getan und „eingestellt“ wird, sondern in **welchem Umfang** und mit **welcher Gewichtung** dies geschieht.

(Bereiche der Zustimmung und Übereinstimmung)

Doch will ich zunächst den Blick auf die Bereiche lenken, die wir begrüßen, eingebracht haben und unterstützen werden.

Die Stadt setzt weiter konsequent die **U3- und die Kita-Betreuung** und den Ausbau der Ganztageschule und der Gemeinschaftsschule um. Dies wird sehr gut gemacht und wir begrüßen dies ausdrücklich.

So wird die **Sanierung des SZW** weitergeführt und die Sanierung des **Hagenbachstadions** abgeschlossen. Es ist gut, dass dies in grundlegender Art und Weise durchgeführt wird und somit der Schule und Vereins- und Breitensport gestärkt werden. Wir werden uns immer für eine Sportförderung stark machen, die weiten Teilen unserer Bevölkerung zu gute kommt.

Bau und Planung der **Familienzentren** in Gottwollshausen an der Breiteichschule und im Sonnenrain sind gesellschaftlich notwendig und sinnvoll und werden von uns sehr begrüßt.

Auch die personelle Stärkung der **Schulsozialarbeit** haben wir in dem von den Schulen

beantragten Rahmen bereits 2013 zugestimmt und in Konsequenz den Antrag der Fraktion der CDU unterstützt.

Die Bereiche der Sozial- und Schulpädagogik und der frühkindlichen Bildung stufen wir als kommunale Kernaufgaben ein, die gut erfüllt werden müssen. So verbreiteten Sie, Herr OB Pelgrim, zwar einen allgemeinen Bildungsoptimismus, der sich besonders im Hochschulausbau niederschlägt, der für die Stadt sehr teuer ist. Die Kosten für die Kinderbetreuung werden dagegen mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Notwendigkeit einer möglichen Stellschraube für Einsparungen präsentiert.

Diese Ausgaben kommen aber einer breiten Bevölkerungsgruppierung zu gute und haben für uns eine hohe Bedeutung. Wir betrachten sie als einen echten Invest in die Zukunft unserer Gesellschaft. So finden wir auch die Begrifflichkeit frühkindliche Betreuung nicht glücklich, weil es echte Einrichtungen der Bildung sein müssen, die die Grundlagen für späteren Wissenserwerb und Lebensbewältigung legen.

An einer Hochschule kann mir ein schlechter Hochschullehrer mitteilen, welchen Stoff ich lernen muss, und dann kann ich dies auch tun. In den Kindergärten werden jedoch die ästhetischen und sozialen Grundlagen gelegt und besonders die enorm wichtige emotionale Intelligenz gefördert. Dies brauchen wir in einer Zeit, in der starke neue Medien und schlechtes Fernsehen diesem Bildungsprozess kräftig entgegenwirken. Deshalb sollten wir die ca. 6 M€ in diesem Bereich nicht mit Bedauern, sondern mit Stolz einsetzen. Wir können nicht warten, bis sich die föderalen Finanzierungsstrukturen zugunsten der Kommunen verbessern, wir müssen fortlaufend für gute Bildungsstrukturen besonders für die jungen Kindern sorgen. Dies ist eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben und Grundlage einer Bildungsgerechtigkeit.

Ein weiterer, guter Ansatz ist ohne Zweifel die Aufgabenstellung an die GWG, **preisgünstigen Wohnraum** zu schaffen und dies mit städtischen Grundstücksübertragungen finanziell zu unterstützen. Dieser kann sowohl von einkommensschwächeren Bürgerinnen und Bürger, aber auch von Flüchtlingen als Anschlussunterbringung genutzt werden.

(Soziale Maßnahmen, die abgelehnt wurden)

Obwohl im Sommer 2014 im Hospitalausschuss als auch im Frühjahr 2015 im Personalausschuss alle Fraktionen für den Erhalt der **Mobilen Jugendarbeit**, der ehemaligen ACS, im Umfang von 160% Stellenmaß plädierten, wird diese immer weiter

reduziert und zur Flüchtlingsarbeit verschoben. Wir halten diese Arbeit nach wie vor für dringend notwendig und fordern den Erhalt der mobilen Jugendarbeit im bisherigen Umfang. Wir halten dies de facto für eine kalte und unsensible Stellenkürzung.

Die **Flüchtlingsarbeit** ist ein neues und dringendes Feld. Hier kommen Menschen bei uns an, die nicht mehr als ihr Leben retten konnten. Die eingestellten 50 T€ pro Jahr sind sehr gut, eine Ergänzung mit einer eigenständigen Stelle, die nicht aus einem anderen Feld herausgeschnitten wurde, wäre eine echte Hilfe gewesen. Auch wenn dies Aufgabe des Landkreises ist, so werden diese Menschen städtische Einrichtungen und Schulen nutzen und sich innerhalb unserer Infrastruktur bewegen. Unser Wunsch ist es, dass viele von ihnen in absehbarer Zeit Haller Bürger*innen werden. Alle Behörden arbeiten momentan mit Hochdruck und das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist beeindruckend und großartig. Diesen Elan und diese Energie sollten wir nutzen und mit einer professionellen Person unterstützen. Schade, dass es dafür keine Zustimmung gab.

Gerne möchte wir den Rahmen der HH-Rede nutzen und unseren Respekt und Anerkennung, noch viel mehr unseren Dank an alle Bürgerinnen und Bürger ausdrücken, die sich in so umfangreichen, selbstloser und originelle Weise für die heimatlos gewordenen Menschen einsetzen. - Danke! -

Wir wollen die demokratische **Beteiligung aller Bürger*innen** stärken. Denn: Die besten Lösungen sind gemeinsame Lösungen. Und die entstehen nur, wenn Gemeinderat, Verwaltung und Bevölkerung miteinander im Dialog stehen und es einen breiten Wettstreit der Ideen und Meinungen gibt. Wir Grüne treten deshalb für öffentliche Debatten und transparente Entscheidungen ein.

Doch die Stelle für Bürgerbeteiligung wurde ebenfalls abgelehnt, doch wird dies von verschiedenen Gremien, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, eindeutig als notwendig betrachtet. Hier hat sich die Kultur unserer Demokratie in den letzten Jahren verändert. Bürgerbeteiligung meint eben nicht die Berücksichtigung von Partikularinteressen, sondern dass Sachverstand und Einschätzungen, aber auch Befürchtungen und Kritik der Bürgerinnen und Bürger gehört und ernstgenommen werden.

(Investitionen, die wir ablehnen)

Doch schauen wir nun auf die kritischen Investitionen, die unseren Doppelhaushalt in diesen beiden Jahren belasten und weiterhin Folgekosten erzeugen.

(Nachfolgebau Globe-Theater)

Wir haben eine 2. Spielstätte für die FLS nie in Frage gestellt, sondern ausdrücklich befürwortet und tun dies auch weiterhin.

Gewünscht hätten wir uns, und das wurde immer wieder missverstanden, dass die FLS als Fachleute aus ihrer Sicht vorgeschlagen hätten, was eine sinnvolle, die Treppe ergänzende Spielstätte hätte sein können, was konzeptionell zum Haller Sommertheater passt.

Auch möchten wir zum Ausdruck bringen, dass wir die Arbeit der Haller FLS sehr schätzen.

Die Prüfung der Frage, ob das bestehende **Globe-Theater** sanierbar ist, hätte an erster Stelle stehen müssen, um dann nach dem Entscheid des Gemeinderates entweder in Richtung Sanierungen oder Neubau zu gehen. Dies hätte bereits vor 2 Jahren beginnen können und im Falle einer Sanierung wäre dies vermutlich zwischen zwei Spielzeiten möglich gewesen.

Statt dessen haben Sie sich auf eine einsame Lösungssuche gemacht, selbstverständlich im demokratischen Rahmen, dennoch mit drastisch verspäteter Öffentlichkeit.

Nachdem, was die Sachverständigen dem GR vorgetragen haben, halten wir die Sanierungen des Globes im Rahmen der Brandschutzvorgaben und der Versammlungsstättenrichtlinien für möglich. Diese Maßnahmen können mit den Renovierungsmaßnahmen so verbunden werden, dass eine taugliche Theaterinfrastruktur entsteht. Ein Ergänzungsbau ist dabei notwendig.

Das Globe hat sich als faszinierende Spielstätte bewährt und ist ein Publikumsmagnet, es wäre ein großer Gewinn, das Globe als einzigartiges Theater weiter zu führen. Ob es gelingt, diesen Charakter in einen Neubau zu übertragen, bleibt fraglich.

Der Verwaltungsvorschlag für den Globe-Neubau führt zwangsläufig in die **Debatte der Spielstätten** in unserer Stadt. Wir haben den **Neubau** als wunderbares historisches Gebäude, den wir nicht zu schließen können. Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu wiederholen: Wir wissen, dass keine Theateraufführungen der FLS in den Neubausaal verlegt werden können und wir wollen und fordern das auch nicht. Aber der Neubau muss ertüchtigt werden, um ihn für Veranstaltungen mit anderem Charakter zu erhalten.

Dagegen fehlen mit einem Globe-Neubau wichtige finanzielle Mittel, dies zu tun, auch wird

der Neubau als Veranstaltungsräumlichkeit in starkem Maße damit überflüssig gemacht. Wenig bemerkt von der Öffentlichkeit und vom GR wird die GWG im sog. T-Gebäude des Karl-Kurz-Areals einen **Tagungsbereich** errichten, den die Stadt mit einer zehnjährigen Mietgarantie von 3,5 M€ finanziert, was bereits im letzten DHH beschlossen wurde. Dieser Tagungsbereich, Messeersatz oder was auch immer ist sehr groß dimensioniert und in welchem Maße eine Nutzung in der geplanten Größenordnung möglichen sein wird, bleibt offen. Für die Stadt ist es ein großer Invest, bei dem nie die Motivation für diese Baumaßnahme nie eindeutig nachvollziehbar war. Hinzu kommen hohe Folgekosten - so erzeugt man strukturelle Defizite.

Wir brauche eine 2. Spielstätte für die FLS und daneben brauchen wir eine Konzeption für die Veranstaltungsstätten. Den Neubau liegen lassen und ein vermutlich wenig gebrauchtes, aber teures Tagungszentrum errichten, halten wir für den falschen Weg. Auch wenn es um unterschiedlich Nutzungen geht, muss der Gemeinderat auf alle drei Objekte und ihr Zusammenspiel achten, denn hier geht es um große Belastungen des städtischen HHs. und hohe Folgekosten.

(Verkehr und Straßenbau)

Trotz bevorstehender Kreditaufnahme sollen in Zukunft dennoch Verkehrsprojekte und Straßen geplant und gebaut werden.

Neben Verkehrsfragen und Aufwertung der Weilervorstadt war einwichtiges Argumente für den **Weiler-Tunnel**, dass er nichts kostet, und nun sind es doch einige Millionen für die Stadt. Die unbefriedigende Lösung am Scharfer Eck verlangt eine gute Lösung, für die die Stadt Geld in die Hand nehmen muss. Es muss aber selbstverständlich sein, dass bei den Planungen für den Autoverkehr Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und der öffentliche Verkehr die gleiche Beachtung finden.

Projekte wie die Absenkung der **Salinenstraße** oder die **Lindachbrücke** sind gesetzt worden, ohne dass ernsthaft nach Alternativen gesucht wurde. Für den Lieferverkehr in der Stadt gibt es nicht nur diese eine Lösung, auch wird es eine Neugestaltung des Hallplatzes erst später geben, dann können neu Überlegungen dazu stattfinden.

Das, was auf dem Unterwöhrd passiert, ist unentschieden. Deshalb ist es eine kluge Entscheidung des GRs, die sog. Lindachbrücke – als ob es sie schon gäbe – zu streichen. Auch die **Südümfahrung Hessental** schlägt im vollen finanziellen Umfang durch. Hier bleiben die Probleme mit den Bahnquerungen und welche Auswirkungen eine Südümfahrungen für die Verkehrsflüsse hat, z.B. für Steinbach, ungeklärt. Ziel ist eine

Minderung des Durchgangsverkehrs in Hessental, aber einfach auf die Südumfahrung setzen, ignoriert andere Parameter.

Eine Straßenverkehrsplanung muss von der Leitlinie Verkehrsverminderung und Verkehrsvermeidung geprägt sein. Gerade in der engen Talsohle Schwäbisch Halls brauchen wir dafür Fragestellungen und Lösungsversuche, weil dies zum einen mit dem Klimawandel und zum anderen mit der Lebens- und Aufenthaltsqualität der Bürger*innen zu tun hat. Die moderne Stadt reduziert den CO₂-Ausstoß und schützt die Menschen vor Lärm, Dreck und lebensgefährlichen Feinstaub durch die Verbindung der verschiedenen Verkehrssysteme. Die Stadt der Zukunft wird eine autoarme Stadt sein. Davon ist nahezu nichts in unserer Stadt vorhanden.

Angesichts des Sanierungsstaus bei den städtischen Straßen kann die politische Ausrichtung nur lauten: Erhalt und Sanierungen der vorhandenen Straßen. Eine Kreditaufnahme, mit der auch fragwürdige Straßenneubauten finanziert werden, passt nicht in diesen HH, deshalb bleiben wir bei der Formel: Erhalt vor Neubau!

(Wachstumstrategie)

Seit Jahren drücken Sie Ihre politische Stoßrichtung und Leitlinie mit der Formel **Wachstum** aus und finden dafür auch Mehrheiten in diesem Gemeinderat. Dieser Begriff muss aber genauer betrachtet und differenziert werden.

Ohne Zweifel gibt es qualitatives Wachstum, z.B. bei manchem Wohnquartier oder in der Kinderbetreuung in unserer Stadt.

An die Haller Wachstumsstrategie müssen aber auch berechtigte Fragen gestellt werden: Unser Wachstum ist vor allem eine Ausweisung von Flächen für private und gewerbliche Zwecke.

In der **zeitlichen** Dimension wird die Flächenausweisung in einem hohen Tempo durchgeführt. Wie in einem Durchlauferhitzer werden unsere Fläche binnen 10 bis 20 Jahren verkauft. Wie es danach weitergeht, bleibt offen – weiter wachsen in die Fläche, was ist mit denjenigen, die 2030 auch noch ein Bauplatz wollen? Nicht unser Problem?

Quantitativ vollzieht sich diese Flächenausweisung in einem starken Ausmaß und diese Flächen werden dann an anderen Stellen, die wir nicht direkt sehen, kompensiert.

Schließlich werden immer nur die Vorteile wie steuerlichen Mehreinnahmen der Wachstumsstrategie ins Felde geführt. Aber diese Wachstumsstrategie hat **ihren Preis** und kostet Geld, weil sie auch einen Ausbau der städtischen Infrastruktur auf allen Ebenen verlangt. Hier müssen wir auch über Bauplatzpreise nachdenken.

(Investitionen und Strukturkommission)

Trotz einer guten steuerlichen Einkommenslage der Stadt, gelingt es nicht, diesen DHH ausgeglichen zu gestalten. Einen deutlichen Anteil daran haben die teuren Investitionen beim Globe-Nachfolgebau, beim Tagungsbereich, der schon im letzten DHH an der Liquidität gezehrt hat, und Straßenbaumaßnahmen.

Gleichzeitig werden die guten Möglichkeiten der Einkommensverbesserung wie die vorgeschlagenen Erhöhungen der Gewerbesteuer nicht genutzt.

Stattdessen folgt dem Inkrafttreten dieses DHH die Strukturkommission, der ein einhellig schlechter Ruf vorausseilt.

Wo setzt diese Strukturkommission an? Diese Frage ist offen und der Phantasie sind ohne Zweifel keine Grenzen gesetzt, aber die Handschrift zeichnet sich bereits ab: an Sportstätten oder Kindertageseinrichtungen. Nach den großen Investitionen geht es nun an die Güter des Gemeinwesens, dort wo viele Menschen partizipieren.

Hier liegt der Kern unserer Ablehnung:

Trotz guter Einnahmen wird in einem solchen Maße in fragwürdige Projekte investiert und Kredite aufgenommen, die dann mittels Einsparung zu Lasten breiter Bevölkerungsgruppen kompensiert werden sollen. Hier sehen wir eine Verletzung der Fürsorgepflicht der Stadt für alle Bürger*innen, der nicht nachgekommen wird, und lehnen deshalb den DHH 2016/2017 ab.

Mit dem Ausdruck „Volle Kraft voraus“ beginnt ihre Foliensammlung und damit endet auch Ihre Reden zur HH-Einbringung. „Volle Kraft voraus“, das kenne ich aus der Seefahrt oder gar aus dem militärischen Bereich, wenn man blindlings gegen etwas anrennt. Wie sind längstens in einer Zeit angekommen, in der wir über energie-, ressourcen- und umweltschonende Technologie nachdenken müssen und nachdenken. So wirtschaften, dass die nachfolgenden Generationen keinen Schaden, sondern Nutzen davontragen, bedeutet Nachhaltigkeit – ein Begriff, der in Ihrer HH-Einbringung an keiner Stelle auftaucht.

(Schluss)

Zum Abschluss möchte ich noch einen bildlichen Begriff Ihrer Einbringungsrede aufgreifen: das **Feuerwerk** der Investitionen. Ja, machmal habe diese Bilder etwas Trügerisches und die Übertragungen können auch hinken. Dennoch: ein Feuerwerk ist teuer, schnell

abgebrannt und verpufft. Mehr aber noch: am Neujahrstag müssen dann die ausgebrannten Überreste aufgesammelt und weggeräumt werden. In der Übertragung des Bildes ist das dann die Strukturkommission.

(Dank an Verwaltung und Kämmerei)